

1 Die SPD im ökonomischen Theorien-  
2 streit

3  
4 - Eine kleine Anleitung in wirtschaftlichem  
5 Denken für Nicht-Ökonomen -

6  
7 von

8  
9 Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker\*

10  
11 FR, 26. April 2003

12  
13  
14 WBH, Willy-Brandt-Haus, steht über dem  
15 Papier, das in der vergangenen Woche den  
16 Kreisverbänden der "grand old party" zuge-  
17 schickt wurde, um die Funktionäre der unteren  
18 Ebenen zu wappnen im Kampf gegen die Ab-  
19 weichler in den eigenen Reihen, jene Linken  
20 und Gewerkschafter, die partout nicht verste-  
21 hen wollen, worum es bei der Agenda 2010  
22 geht. Fein säuberlich werden in dem Papier  
23 vier Gegenargumente der Linken mit Hilfe von  
24 Fakten und Argumenten "widerlegt". Beson-  
25 ders interessant ist die "Widerlegung" von  
26 Gegenargument Nummer vier: Die Behaup-  
27 tung der Linken, die Absenkung der Lohnne-  
28 benkosten führe nicht zu mehr Beschäftigung,  
29 hält die Spitze der SPD für grundfalsch. Schon  
30 eine einfache ökonomische Grundregel, so das  
31 WBH, spreche dagegen: "Lohnnebenkosten  
32 bestimmen als Teil der Arbeitskosten den Preis  
33 für Arbeit. Steigende Preise führen immer zu  
34 einer rückläufigen Nachfrage."

35  
36 Die SPD-Spitze übernimmt damit ohne wenn  
37 und aber die herrschende neoklassische Auf-  
38 fassung in der Ökonomie. Diese unterstellt  
39 Verhältnisse am Arbeitsmarkt, die z. B. denen  
40 am Kartoffelmarkt bis auf's Haar gleichen. Das  
41 kann man tun, man sollte dann aber auch ganz  
42 genau wissen, was man tut. Es ist ja nicht so,  
43 als ob die Behauptung, der Arbeitsmarkt funk-  
44 tioniere wie ein Kartoffelmarkt, in der Öko-  
45 nomie unbestritten wäre. Seit der Weltwirt-  
46 schaftskrise 1929/30, als die neoklassisch aus-  
47 gerichtete Ökonomie die Welt in eine tiefe

---

\* Heiner Flassbeck ist Chef-Volkswirt der UNCTAD in Genf, Friederike Spiecker wissenschaftliche Mitarbeite-  
rin des DIW, derzeit im Erziehungsurlaub

48 Krise geführt hatte, tobt eine heftige Ausei-  
49 nandersetzung um diese Frage. Mit dem Na-  
50 men Keynes ist ein alternatives Konzept ver-  
51 bunden, das nicht nur, wie alle zu wissen glau-  
52 ben, mit staatlichem Schuldenmachen zu tun  
53 hat, sondern vor allem mit der Frage, ob die  
54 heute wieder in Mode gekommenen "tiefen  
55 Schnitte" bei staatlichen Ausgaben, bei den  
56 Löhnen oder bei den Sozialleistungen die  
57 Wirtschaft retten oder in den Abgrund führen.  
58

59 Doch der Reihe nach. Auch jenseits jeder öko-  
60 nomischen Theorie ist der erste Satz der SPD-  
61 Spitze schlicht unlogisch. Wieso bestimmt  
62 lediglich ein "Teil der Arbeitskosten" die Ar-  
63beitskosten insgesamt und damit den Preis für  
64 Arbeit? Hat sich der andere Teil, der normale  
65 Lohn also, niemals verändert? Und, wenn  
66 nein, gibt es keinerlei Beziehung zwischen der  
67 Entwicklung von Löhnen und Lohnnebenkos-  
68ten? Wissen die Arbeitnehmer und ihre Vertre-  
69ter, die Gewerkschaften, nicht, daß Löhne und  
70 Lohnnebenkosten zusammen die Arbeitskos-  
71ten bilden. Nehmen sie bei den Verhandlungen  
72 über den normalen Lohn nicht Rücksicht auf  
73 die Entwicklung der Lohnnebenkosten? Sor-  
74gen die Tarifparteien nicht dafür, daß beide  
75 zusammen nicht stärker als die Produktivität  
76 steigen? Wenn immer es eine Beziehung zwis-  
77chen den beiden Bestandteilen der Arbeits-  
78kosten gibt, ist der Satz des WBH vollkommen  
79 unsinnig, weil die Lohnnebenkosten dann ge-  
80rade nicht den Preis für Arbeit bestimmen.

81 Dann gibt es für die Arbeitnehmer nur die  
82 Wahl, ob sie ihren Lohnanspruch in Form des  
83 einen oder des anderen Lohnbestandteils aus-  
84bezahlt haben wollen, während die Aufteilung  
85 für die Unternehmen und den Staat ganz un-  
86wichtig ist.

87  
88 Nicht ganz verstanden hat das Willy-Brandt-  
89 Haus offenbar auch die Sache mit den ausbe-  
90zahlten Arbeitskosten und den realen Arbeits-  
91kosten. Der Preis für Arbeit, da gibt es unter  
92 den Fachökonomern nun wirklich ausnahms-  
93weise keinen Streit, ist real definiert. Er bein-  
94hält also nicht nur die von den Tarifpartnern  
95 ausgehandelten Arbeitskosten, sondern be-  
96rücksichtigt die Überwälzung dieser Kosten in  
97 die Preise der Güter. Steigen die Löhne stark,

98 die Preise aber genauso stark, verschlechtert  
99 sich die Position der Unternehmen und deren  
100 Einstellungsverhalten auch im Rahmen der  
101 von der SPD-Zentrale vertretenen Theorie  
102 nicht. Selbst böse, starke und monopolistische  
103 Gewerkschaften können deswegen den Preis  
104 für Arbeit nicht einfach nach oben treiben,  
105 ohne daß die Unternehmen sich entsprechend  
106 wehren können.

107  
108 Unbestritten in der ökonomischen Theorie ist  
109 auch, daß die realen Arbeitskosten im Rahmen  
110 des Anstiegs der Produktivität steigen können,  
111 ohne daß daraus Arbeitslosigkeit resultieren  
112 muß. Insofern ist zu fragen, ob der Anstieg der  
113 Löhne und der Lohnnebenkosten zusammen in  
114 Deutschland vom Fortschritt der Produktivität  
115 gedeckt war. Das wäre - trotz des verbreiteten  
116 Gefasels von den "zu hohen deutschen Löh-  
117 nen" - auch eine für die SPD-Zentrale leicht zu  
118 beantwortende Faktenfrage gewesen: Von  
119 1980 bis 1995 sind die realen Arbeitskosten  
120 (inklusive Lohnnebenkosten) in Westdeutsch-  
121 land pro Jahr um 0,9 % gestiegen, die Produk-  
122 tivität aber um 1,6 %. Seit 1996, seit die Ge-  
123 werkschaften in ganz Deutschland bewußt  
124 weitere Lohnmoderation betreiben, sind in  
125 jedem Jahr die Zuwächse der realen Arbeits-  
126 kosten deutlich zurückgegangen und noch  
127 einmal um 0,4 % pro Jahr hinter der Produk-  
128 tivität zurückgeblieben. In den USA und in  
129 Großbritannien, den am Arbeitsmarkt erfolg-  
130 reichsten Ländern, ist zu keinem Zeitraum eine  
131 vergleichbare Zurückhaltung betrieben wor-  
132 den. Der von der SPD-Spitze geforderte Rück-  
133 gang der Arbeitskosten hat also in ganz massi-  
134 ver Weise stattgefunden, doch die Arbeitslo-  
135 sigkeit hat darauf nicht in der von ihr und der  
136 Neoklassik erwarteten Weise reagiert.

137  
138 Trotz dieses eklatanten Mißerfolges beharrt  
139 die herrschende neoklassische Lehre auf ihrer  
140 Position. Warum ist das so? Dazu kann und  
141 sollte sich jeder politisch denkende Mensch  
142 eine Meinung bilden, auch wenn er dabei un-  
143 weigerlich in die Mühlen der ökonomische  
144 Theorie gerät. Eigentlich sind die Unterschiede  
145 der Positionen aber leicht zu verstehen. Key-  
146 nesianisch orientierte Ökonomen behaupten,  
147 ein Rückgang der Reallöhne im Verhältnis zur

148 Produktivität verbessere die Beschäftigungssi-  
149 tuation nicht, weil gleichzeitig die Nachfrage  
150 der Unternehmen sinke oder weniger steige, so  
151 daß die Kostenentlastung nicht auf die Gewin-  
152 ne und die Beschäftigung durchschlägt. Der  
153 Neoklassiker hingegen behauptet, der Rück-  
154 gang der Kosten für Arbeit sei ausreichend,  
155 um Arbeitsplätze entstehen zu lassen, weil in  
156 seiner Welt die Nachfrage nach Gütern insge-  
157 samt nicht sinkt.

158  
159 Die neoklassische Welt stützt sich auf die Idee,  
160 bei realen Lohnanhebungen unterhalb des Pro-  
161 duktivitätsfortschritts entstünden sofort zusätz-  
162 liche Einkommen bei den Unternehmen und  
163 bei den Anteilseignern. Diese Gewinne wür-  
164 den für den Kauf von Investitions- oder Kon-  
165 sumgütern ausgegeben und würden folglich  
166 die ausgefallene Nachfrage der Arbeitnehmer  
167 ersetzen. Das ist der Knackpunkt. Hier teilen  
168 sich die Geister und hier müssen Nicht-  
169 Ökonomen ihr Urteil bilden, wenn sie mitre-  
170 den wollen. Wird das, was als reale Arbeits-  
171 kosten verschwindet, ohne weiteres als Ge-  
172 winn wieder auftauchen? Wird also nur um-  
173 verteilt zugunsten der Investoren? Von Um-  
174 verteilung kann man logischerweise aber im-  
175 mer nur dann reden, wenn das zu Verteilende  
176 schon fest vorgegeben ist. Wieso sollte aber  
177 das gesamte, erst in Zukunft zu erwirtschaft-  
178 tende Realeinkommen einer Volkswirtschaft  
179 gegeben sein, so daß man es nur umverteilen  
180 muß, um zu besseren Ergebnissen zu gelan-  
181 gen?

182  
183 Bei der keynesianischen Position ist nichts  
184 dergleichen gegeben. Die Zukunft ist ungewiß  
185 und die Unternehmen erhalten im Marktprozeß  
186 ein mit hohem Risiko behaftetes Rest-  
187 Einkommen, dessen Höhe erst am Ende aller  
188 Transaktionen feststeht. Da sieht die Welt  
189 ganz anders aus. Wieviel Gewinn ein Unter-  
190 nehmen macht, weiß es nämlich erst dann,  
191 wenn die in Verträgen für die laufende Periode  
192 festgelegten Löhne und die Zinsen bezahlt sind  
193 und der Umfang der Produktion bekannt ist. In  
194 dieser Welt bedeuten sinkende oder weniger  
195 steigende Reallöhne als in der Vorperiode  
196 zwar eine Kostenentlastung der Unternehmen,  
197 exakt zum gleichen Zeitpunkt aber auch eine

198 sinkende Nachfrage, wenn die Arbeitnehmer  
199 den Einkommensausfall nicht durch eine Ab-  
200 senkung ihrer Sparquote ausgleichen. Das ha-  
201 ben sie in den letzten Jahren nicht getan. Folg-  
202 lich ist der Gewinn der Unternehmen insge-  
203 samt trotz der Lohnzurückhaltung nicht ge-  
204 stiegen, und die Unternehmen haben auch  
205 nicht mehr investiert und keine neuen Arbeits-  
206 plätze geschaffen.

207  
208 In der Neoklassik und bei der SPD-Spitze da-  
209 gegen geht es immer nur um die Umverteilung  
210 eines auf geheimnisvolle Weise schon von  
211 Anfang an gegebenen gesamtwirtschaftlichen  
212 Realeinkommens. Woher dieses Einkommen  
213 kommt, wird nicht erklärt. In dieser schlichten  
214 Welt sind allerdings die politischen Verhält-  
215 nisse sonnenklar: Nachfragetheoretiker sind  
216 links, weil sie zugunsten der Arbeitnehmer  
217 umverteilen wollen, Angebotstheoretiker sind  
218 rechts, weil sie zugunsten der Unternehmen  
219 umverteilen wollen. Daß es von vorneherein  
220 gar nicht um Umverteilung geht, sondern um  
221 die Stabilisierung einer Wirtschaft und Gesell-  
222 schaft, die von hoher Unsicherheit über die  
223 Zukunft gekennzeichnet sind, kommt, fast 70  
224 Jahre nach Keynes, weder der SPD-Spitze  
225 noch der Mehrheit der deutschen Ökonomen in  
226 den Sinn. Übrigens, die Minderheit der Keyne-  
227 sianer liebt Schulden, staatliche oder private,  
228 keineswegs, sie weiß nur, daß ohne neue  
229 Schulden oder geringere Ersparnis die Gewin-  
230 ne der Unternehmen niemals steigen können  
231 und Umverteilungspolitik immer scheitert.

232  
233 Apropos Mehrheit. Die SPD-Spitze und die  
234 Mehrheit der Medien verweisen darauf, daß  
235 die Mehrheit der deutschen Wirtschaftswissen-  
236 schaftler hinter der Agenda steht. Das ist si-  
237 cher richtig. Nur, in Zeiten, wo jede Regierung  
238 seit zwanzig Jahren die Mehrheit der Ökono-  
239 men hinter sich weiß und trotzdem wirtschaft-  
240 lich alles schief läuft, ist das kein sehr über-  
241 zeugendes Argument. Das war übrigens in den  
242 20er Jahren des letzten Jahrhunderts genauso.  
243 Daß die letzte von der SPD geführte Regie-  
244 rung der Weimarer Republik gescheitert ist,  
245 weil sie die allseits geforderten "Reformen"  
246 nicht durchgesetzt hat, ist nicht zu bestreiten.  
247 Daß sie aber noch kläglicher gescheitert wäre,

248 wenn ihr - wie der bürgerlichen Brüning-  
249 Regierung danach - das brutale Gürtel-enger-  
250 schnallen gelungen wäre, wird allzu leicht  
251 übersehen.